

**Studien aus dem Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales Sozialrecht**

Band 40

Monika Goller

Arbeitsunfall- und Berufskrankheitenrisiko bei grenzüberschreitenden Beschäftigungsverhältnissen

Soziale Sicherheit und Arbeitgeberhaftung im internationalen
Sozialrecht Deutschlands und Australiens



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2006/2007

ISBN 978-3-8329-2851-3

1. Auflage 2007

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist während meiner Tätigkeit als Doktorandin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht entstanden. Sie wurde im Wintersemester 2006/2007 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Sie berücksichtigt den Stand der Literatur bis Anfang 2007; trotz nach wie vor ausstehendem Abschluss der Reform der koordinierenden Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft sind diese in ihren Neufassungen bereits in die Arbeit einbezogen.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater und dem Direktor des Max-Planck-Institutes, Herrn Prof. Dr. Ulrich Becker, für die wertvollen fachlichen Anregungen und die umfassende Förderung und Unterstützung, nicht zuletzt durch die Ermöglichung meines Forschungsaufenthalts in Australien, der für das Entstehen der Arbeit unerlässlich war.

Für die dort erfahrene, überaus engagierte organisatorische und fachliche Unterstützung an der University of Sydney möchte ich besonders Herrn Prof. Terry Carney danken, der mir auch die für die wissenschaftliche Erschließung der australischen Workers Compensation notwendigen Kontakte vermittelte. Stellvertretend möchte ich hier nur Herrn Prof. Richard Mitchell und seinen Mitarbeitern am Centre for Employment and Labour Relations Law der University of Melbourne meinen Dank aussprechen. In Deutschland wurde mir besonders durch Herrn Dr. Ulrich Raschke und seine Mitarbeiter beim Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften dankenswerterweise eine intensive fachliche Unterstützung zuteil.

Herrn Prof. Dr. Thorsten Kingreen danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Den Kollegen am Max-Planck-Institut möchte ich für die fachlichen Diskussionen und zahllosen praktischen Hilfen während der Entstehung der Arbeit danken, hierbei besonders auch Frau Dr. jur. Ariane Wiedmann, die mir, nicht nur aufgrund räumlicher Nähe, stets den Rücken stärkte. Für die Übernahme des Korrekturlesens gilt mein herzlicher Dank Frau Dr. jur. Julia Friemel, Frau Bettina von Hagens, Herrn Dr. jur. Kai-Christian Uhr, Herrn Dr. jur. Gregor Zeifang und Herrn Dr. med. Albrecht Klieser, der freundlicherweise auch die arbeitsmedizinische Plausibilität der Fallgestaltungen überprüfte. Herrn Björn Jansen schließlich danke ich für Trost und Hilfe bei so mancher nervenaufreibender Textverarbeitungsschwierigkeit.

Vor allem aber danke ich meinen Eltern, die mir – bereits während meiner Studienzeit – in jeglicher Hinsicht zur Seite gestanden haben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

München, im Februar 2007

Monika Goller

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	27
A. Das Problem der sozialen Sicherheit bei Auslandsberührungen	27
I. Neue Wanderungsphänomene	27
II. Risiko Arbeitsunfall und Berufskrankheit	27
III. Probleme der Absicherung sozialer Risiken bei Auslandsberührung durch nationales Sozialrecht	28
IV. Ziele freizügigkeitsspezifischen Sozialrechts	30
B. Sozialrechtlicher Regelungsbedarf im Verhältnis Deutschland – Australien	32
I. Neue Richtung der deutschen Abkommenspolitik	32
II. Fehlende Absicherung der Wanderarbeitnehmer	33
C. Gang der Untersuchung	34
Kapitel 1: Grundlagen	35
A. Methodische Grundüberlegung	35
B. Ermittlung und Systematisierung unfallversicherungsrechtlicher Regelungsprobleme	35
I. Strukturelemente sozialer Unfallversicherungssysteme	35
II. Freizügigkeitsspezifische Problemlagen	36
III. Systematisierung der Regelungsprobleme	41
IV. Zusammenfassung	44
V. Vorgehen im Vergleich und Bestimmung der einzubeziehenden Vergleichsebenen	45
VI. Einschränkung des Untersuchungsumfangs und Ausblick auf die weitere Vorgehensweise	46
C. Regelungsgrundsätze für grenzüberschreitende unfallversicherungsrechtliche Probleme im deutsch-australischen Verhältnis	47
I. Nationale Regelungen	48
II. Zwischenstaatliche Regelungen	61
III. Sozialrecht der Europäischen Gemeinschaft	69
Kapitel 2: Versicherungsberechtigung / Versicherungspflicht bei deutsch-australischen Arbeitsverhältnissen	73
A. Kollisionsrechtliche Bestimmung des räumlichen Geltungsbereichs der Sozialversicherung	76
I. Dauerhafte grenzüberschreitende Beschäftigung	76
II. Vorübergehende In- und Auslandsbeschäftigung - Einstrahlung und Ausstrahlung	107
III. Gegenüberstellung der Ergebnisse: Ergeben sich Divergenzen in der Behandlung der Kollisionsprobleme zwischen deutschem und australischem Recht?	137
IV. Lösungswege unter Berücksichtigung der VO (EG) Nr. 883/2004 und typischer bilateraler Regelungen	142
B. Probleme der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen	158
I. Deutsches Recht	159
II. Australisches Recht	160

III. Zusammenfassung	162
IV. Lösungswege unter Berücksichtigung der VO (EG) Nr. 883/2004 und typischer bilateraler Regelungen	163
 Kapitel 3: Leistungsansprüche und Leistungsgewährung bei deutsch-australischen Arbeitsverhältnissen	 165
A. Gleichstellungsprobleme	166
I. Entstehung des Leistungsanspruchs und Leistungsumfang	166
II. Die Leistungserbringung ins Ausland	211
B. Probleme der Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Staatsangehöriger	257
I. Deutsches Recht	257
II. Australisches Recht	263
III. Ergebnisse zur Gleichbehandlung der Staatsangehörigen	272
 Kapitel 4: Zivilrechtliche Haftung des Arbeitgebers für Schäden des Arbeitnehmers bei deutsch-australischen Arbeitsverhältnissen	 277
A. Probleme der Gleichstellung von Wanderarbeitnehmern	279
I. Deutsches Recht	279
II. Australisches Recht	292
III. Ergebnis: Probleme der Gleichstellung von Wanderarbeitnehmern	317
B. Probleme der Gleichbehandlung von in- und ausländischen Arbeitnehmern	319
I. Deutsches Recht	319
II. Australisches Recht	321
III. Ergebnis: Probleme der Gleichbehandlung von in- und ausländischen Arbeitnehmern	323
C. Lösungswege unter Berücksichtigung der Regelungen der VO (EG) Nr. 883/2004 und typischer zwischenstaatlicher Abkommen	324
I. Behandlung der zivilrechtlichen Arbeitgeberhaftung in der VO (EG) Nr. 883/2004	324
II. Behandlung der zivilrechtlichen Arbeitgeberhaftung in zwischenstaatlichen Abkommen	325
III. Lösungsmöglichkeiten für das deutsch-australische Verhältnis	326
IV. Ergebnis	328
 Schluss	 331
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	331
I. Internationalsozialrechtliche Ausrichtung der untersuchten Absicherungssysteme gegen berufsbedingte Risiken	331
II. Koordinierungsbedarf im deutsch-australischen Verhältnis	331
III. Koordinierungsmöglichkeiten durch zwischenstaatliche Abkommensregelungen	333
B. Ausblick	334
 Literaturverzeichnis	 337

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	27
A. Das Problem der sozialen Sicherheit bei Auslandsberührungen	27
I. Neue Wanderungsphänomene	27
II. Risiko Arbeitsunfall und Berufskrankheit	27
III. Probleme der Absicherung sozialer Risiken bei Auslandsberührung durch nationales Sozialrecht	28
IV. Ziele freizügigkeitsspezifischen Sozialrechts	30
B. Sozialrechtlicher Regelungsbedarf im Verhältnis Deutschland - Australien	32
I. Neue Richtung der deutschen Abkommenspolitik	32
II. Fehlende Absicherung der Wanderarbeitnehmer	33
C. Gang der Untersuchung	34
Kapitel 1: Grundlagen	35
A. Methodische Grundüberlegung	35
B. Ermittlung und Systematisierung unfallversicherungsrechtlicher Regelungsprobleme	35
I. Strukturelemente sozialer Unfallversicherungssysteme	35
II. Freizügigkeitsspezifische Problemlagen	36
1. Regelungsprobleme der Versicherungspflicht / Versicherungsberechtigung	37
2. Regelungsprobleme im Leistungsrecht	38
3. Regelungsprobleme im Verhältnis Unfallversicherung und Arbeitgeberhaftung	40
III. Systematisierung der Regelungsprobleme	41
1. Versicherungsberechtigung / Versicherungspflicht	42
2. Leistungsrecht	42
3. Deliktische Arbeitgeberhaftung	43
IV. Zusammenfassung	44
V. Vorgehen im Vergleich und Bestimmung der einzubeziehenden Vergleichsebenen	45
VI. Einschränkung des Untersuchungsumfangs und Ausblick auf die weitere Vorgehensweise	46
C. Regelungsgrundsätze für grenzüberschreitende unfallversicherungsrechtliche Probleme im deutsch-australischen Verhältnis	47
I. Nationale Regelungen	48
1. Die Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs der nationalen Sozialrechtsordnung	49
a) Bedeutung und Existenz von Kollisionsnormen im internationalen Sozialrecht	49
aa) Kollisionsrechtliche Behandlung der Normen der deutschen Unfallversicherung	50

(1) Sicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten im deutschen Sozialrecht	50
(2) Kollisionsrecht in einem öffentlich-rechtlichen Sozialversicherungssystem	50
bb) Kollisionsrechtliche Behandlung der australischen Workers Compensation	52
(1) Die Workers Compensation im Commonwealth of Australia	52
(2) Kollisionsrecht in der australischen Unfallversicherung	53
cc) Zusammenfassung und Ergebnis	55
b) Aufbau und Auslegung sozialrechtlicher Kollisionsnormen	56
2. Die Einbeziehung von ausländischen Sachverhalten in das nationale Sozialrecht	58
a) Äquivalenzregeln	58
b) Behandlung von Vorfragen	60
II. Zwischenstaatliche Regelungen	61
1. Regelungstypen, Regelungsmechanismen und Rechtswirkungen zwischenstaatlichen Sozialrechts	62
a) Regelungstypen und Regelungsmechanismen	62
b) Rechtswirkungen	63
c) Das Verhältnis zwischenstaatlicher Sozialrechtsnormen zum innerstaatlichen Recht in der Bundesrepublik Deutschland	64
d) Das Verhältnis zwischenstaatlicher Sozialrechtsnormen zum innerstaatlichen Recht im Commonwealth of Australia	65
2. Sozialversicherungsrechtliche Verbindungen zwischen Deutschland und Australien	67
a) Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation	67
b) Bilaterale Abkommen	68
III. Sozialrecht der Europäischen Gemeinschaft	69
1. Regelungsmechanismen der Sozialrechtskoordinierung der Europäischen Gemeinschaft	69
2. Behandlung von Drittstaatsangehörigen	70
3. Verhältnis des Sozialrechts der EG zu sozialrechtlichen Abkommen der Mitgliedsstaaten	71
 Kapitel 2: Versicherungsberechtigung / Versicherungspflicht bei deutsch-australischen Arbeitsverhältnissen	 73
 A. Kollisionsrechtliche Bestimmung des räumlichen Geltungsbereichs der Sozialversicherung	 76
I. Dauerhafte grenzüberschreitende Beschäftigung	76
1. Behandlung des Kollisionsproblems nach deutschem Recht	76
a) Regelung	76
aa) § 30 SGB I	76
bb) § 3 SGB IV	76
cc) §§ 140 f. SGB VII	77
b) Bestimmung und Auslegung der Anknüpfungspunkte unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse	77
aa) Beschäftigungsort als Anknüpfungspunkt des § 3 Nr. 1 SGB IV	77
bb) Auslegung des Anknüpfungspunkts „inländischer Beschäftigungsort“	78
(1) Grundfall der dauerhaften Beschäftigung durch einen fremden Arbeitgeber	78
(2) Dauerhafte Beschäftigung in ausländischen Niederlassungen und Tochterunternehmen	79
(3) Dauerhafte Auslandsbeschäftigung von Arbeitnehmern ohne feste Ortsbindung	80
(4) Dauerhafte Beschäftigung im internationalen Transport- und Verkehrswesen	82
(5) Dauerhafte Beschäftigung in diplomatischen und konsularischen Vertretungen	83
2. Behandlung des Kollisionsproblems nach australischem Recht	85

a) Regelung	85
aa) Allgemeine Vorschriften zur Versicherungspflicht und deren räumlicher Geltungsbereich	85
(1) Versicherungspflicht aufgrund gesetzlichen Haftungsrisikos	85
(2) Räumlicher Geltungsbereich	86
(a) Qualifikation der Workers Compensation	87
(b) Anknüpfungspunkte	87
bb) Erweiternde und beschränkende Vorschriften	89
(1) Neuregelung in New South Wales, Queensland und Victoria	89
(2) Sonderregelungen für Auslandsbezug in Queensland und Victoria	92
(a) Queensland	92
(b) Victoria	93
(3) Anwendbarkeit der allgemeinen Cross-Border - Vorschriften auf internationale Fälle	94
b) Bestimmung und Auslegung der Anknüpfungspunkte unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse	96
aa) Anknüpfungspunkte	96
bb) Auslegung der Anknüpfungspunkte bei besonderen Beschäftigungsverhältnissen	97
(1) Grundfall der dauerhaften Beschäftigung durch einen fremden Arbeitgeber	97
(2) Dauerhafte Beschäftigung in ausländischen Niederlassungen und Tochterunternehmen	98
(3) Dauerhafte Auslandsbeschäftigung von Arbeitnehmern ohne feste Ortsbindung	100
(4) Dauerhafte Beschäftigung im internationalen Transport- und Verkehrswesen	102
(5) Dauerhafte Beschäftigung in diplomatischen und konsularischen Vertretungen	104
II. Vorübergehende In- und Auslandsbeschäftigung - Einstrahlung und Ausstrahlung	107
1. Vorübergehende Beschäftigung in Australien	107
a) Behandlung des Kollisionsproblems nach deutschem Recht	107
aa) Regelung: § 4 SGB IV	107
bb) Bestimmung und Auslegung der Anknüpfungspunkte unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse	108
(1) Anknüpfungspunkte	108
(2) Behandlung problematischer Fälle der Entsendung nach Australien	109
(a) Grundfall der vorübergehenden Entsendung nach Australien	109
(b) Anstellung ausschließlich für die Auslandstätigkeit	110
(c) Grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung	112
(d) Vorherige zeitliche Begrenzung der Entsendung	113
(e) Ausschluss der Ausstrahlung aufgrund fremden Versicherungsschutzes	114
b) Behandlung des Kollisionsproblems nach australischem Recht	115
aa) Regelung	115
bb) Bestimmung und Auslegung der Anknüpfungspunkte unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse	116
(1) Anknüpfungspunkte	116
(2) Behandlung problematischer Fälle der Entsendung nach Australien	117
(a) Grundfall der vorübergehenden Entsendung nach Australien	117
(b) Anstellung ausschließlich für die Auslandstätigkeit	117
(c) Grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung	118
(d) Vorherige zeitliche Begrenzung der Entsendung	119
(e) Einstrahlung aufgrund Versicherungsschutzes im Entsendestaat	120
2. Vorübergehende Beschäftigung in Deutschland	123
a) Behandlung des Kollisionsproblems nach australischem Recht	123

aa) Regelung	123
bb) Bestimmung und Auslegung der Anknüpfungspunkte unterschiedlicher Beschäftigungsverhältnisse	125
(1) Anknüpfungspunkte	125
(2) Behandlung problematischer Fälle der Entsendung nach Deutschland	125
(a) Grundfall der vorübergehenden Entsendung nach Australien	125
(b) Anstellung ausschließlich für die Auslandstätigkeit	126
(c) Grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung	127
(d) Vorherige zeitliche Begrenzung der Entsendung	128
(e) Ausschluss der Ausstrahlung aufgrund fremden Versicherungsschutzes	129
b) Behandlung des Kollisionsproblems nach deutschem Recht	130
aa) Regelung: § 5 SGB IV	130
bb) Anknüpfungspunkte und Begriffsbestimmung	131
(1) Anknüpfungspunkte	131
(2) Behandlung problematischer Fälle der Entsendung nach Deutschland	131
(a) Grundfall der vorübergehenden Entsendung nach Deutschland	131
(b) Anstellung ausschließlich für die Auslandsbeschäftigung	133
(c) Grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung	133
(d) Zeitliche Begrenzung der Entsendung	134
(e) Einstrahlung aufgrund fremden Versicherungsschutzes	135
III. Gegenüberstellung der Ergebnisse: Ergeben sich Divergenzen in der Behandlung der Kollisionsprobleme zwischen deutschem und australischem Recht?	137
1. Dauerhafte Auslandsbeschäftigung	137
2. Vorübergehende Beschäftigung	138
a) Vorübergehende Tätigkeit in Australien	139
b) Vorübergehende Tätigkeit in Deutschland	140
c) Übersicht: Versicherungspflicht bei vorübergehender Auslandsbeschäftigung	141
3. Zusammenfassung	142
IV. Lösungswege unter Berücksichtigung der VO (EG) Nr. 883/2004 und typischer bilateraler Regelungen	142
1. Behandlung der Kollisionsfälle in der VO (EG) Nr. 883/2004	142
a) Dauerhafte Beschäftigung, Regelung und Anknüpfungspunkte	143
b) Vorübergehende Beschäftigung, Regelung und Anknüpfungspunkte	143
2. Behandlung der Kollisionsprobleme in zwischenstaatlichen Abkommen	145
a) Dauerhafte Beschäftigung, Regelungen und Anknüpfungspunkte	145
aa) Bilaterale Abkommen der Bundesrepublik Deutschland	145
bb) Intranationales australisches Abkommen	146
b) Vorübergehende Beschäftigung, Regelung und Anknüpfungspunkte	146
aa) Bilaterale Abkommen der Bundesrepublik Deutschland	146
bb) Intranationales australisches Abkommen	148
3. Lösungsmöglichkeiten für das deutsch-australische Verhältnis	149
a) Koordinierung dauerhafter Auslandsbeschäftigung	149
aa) Grundanknüpfung	149
bb) Seeleute	150
cc) Diplomatischer und konsularischer Dienst	151
b) Koordinierung vorübergehender Auslandsbeschäftigung	151
aa) Regelungssystem nach dem Vorbild der deutschen Sozialversicherungsabkommen und der VO (EG) Nr. 883/2004	151

(1) Grundfall der Entsendung und Entsendefrist	151
(2) Vorherige zeitliche Begrenzung der Entsendung	152
(3) Einstellung nur zum Zwecke der Entsendung	152
(4) Grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung und konzerninterner Verleih	153
bb) Regelungssystem nach dem Vorbild der intranationalen australischen Vereinbarung	154
(1) Grundfall der Entsendung und Entsendefrist	154
(2) Vorherige zeitliche Begrenzung der Entsendung	156
(3) Anstellung nur zum Zwecke der Entsendung	156
(4) Grenzüberschreitende Arbeitnehmerüberlassung und konzerninterner Verleih	156
cc) Ergebnis	157
B. Probleme der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen	158
I. Deutsches Recht	159
1. Dauerhafte Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Inland	159
2. Vorübergehende Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer	159
II. Australisches Recht	160
1. Dauerhafte Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer im Inland	160
2. Vorübergehende Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer	161
III. Zusammenfassung	162
IV. Lösungswege unter Berücksichtigung der VO (EG) Nr. 883/2004 und typischer bilateraler Regelungen	163
1. Regelung der Gleichstellung der Staatsangehörigen in der VO (EG) Nr. 883/2004 und in zwischenstaatlichen Abkommen	163
2. Lösungsmöglichkeiten für das deutsch-australische Verhältnis	163
a) Dauerhafte Beschäftigung	163
b) Vorübergehende Beschäftigung	164
Kapitel 3: Leistungsansprüche und Leistungsgewährung bei deutsch-australischen Arbeitsverhältnissen	165
A. Gleichstellungsprobleme	166
I. Entstehung des Leistungsanspruchs und Leistungsumfang	166
1. Probleme aus der Wahrnehmung von Freizügigkeit – Eintritt des Versicherungsfalls im Ausland	166
a) Regelungsprobleme im Deutschen Recht	166
aa) Leistungsanspruch bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit in Australien	166
bb) Wegeunfall in Australien	168
cc) Besondere Leistungsansprüche bei Versicherungsfällen im Ausland	170
(1) Kosten des Transports des Versicherten nach Deutschland	171
(2) Überführungskosten zum Bestattungsort in Deutschland	173
(a) Überführung an den Ort der Familienwohnung	173
(b) Begriff der Familienwohnung	174
(c) Teleologische Reduktion des § 64 Abs. 2 SGB VII bei Entsendungen?	175
(d) Freie Bestimmung des Bestattungsorts?	176
(e) Ergebnis	177
b) Regelungsprobleme im australischen Recht	177
aa) Leistungsanspruch bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit in Australien	177

bb)	Wegeunfall in Deutschland	178
	(1) Wegeunfall als Versicherungsfall	179
	(2) Exterritorialer Wegeunfall	179
	(3) Wegeunfall bei Familienheimfahrt	180
cc)	Besondere Leistungsansprüche bei Versicherungsfall im Ausland	181
	(1) Transport des Versicherten nach Australien	181
	(2) Überführungskosten zum Bestattungsort in Australien	183
2.	Probleme aus dem Wechsel der Sozialversicherungszugehörigkeit – Relevanz ausländischer Risiken und Vorschädigungen	184
a)	Regelungsprobleme im deutschen Recht	184
aa)	Der Arbeitnehmer war vor oder nach seiner Inlandstätigkeit Risiken für eine Berufskrankheit ausgesetzt	184
	(1) Leistungsanspruch	184
	(a) Versicherungsfall „Berufskrankheit“	184
	(b) Berücksichtigung ausländischer Expositionszeiten	185
	(c) Fehlende Versicherteneigenschaft des Geschädigten	186
	(2) Leistungshöhe	187
	(a) Anspruchsausfüllende Funktion der Auslandsexposition	187
	(b) Differenzierung nach der Art der Leistung	189
bb)	Der Arbeitnehmer wurde bereits vor seiner im Inland versicherungspflichtig ausgeübten Tätigkeit arbeitsbedingt geschädigt	190
	(1) Problemstellung	190
	(2) Exterritoriale Schädigung als Vorschaden	191
	(3) Exterritoriale Schädigung als Stütztatbestand	192
b)	Regelungsprobleme im australischen Recht	194
aa)	Der Arbeitnehmer war vor oder nach seiner Inlandstätigkeit Risiken für eine nun eintretende Berufskrankheit ausgesetzt	194
	(1) Versicherungsfall „Berufskrankheit“	194
	(2) Berücksichtigung der exterritorialen Exposition bei Berufskrankheiten ohne Mindestexpositionszeiten	195
	(a) New South Wales und Victoria	196
	(b) Queensland	196
	(3) Berücksichtigung der exterritorialen Exposition bei Berufskrankheiten, die eine Mindestexposition voraussetzen	197
	(a) Queensland	197
	(b) Victoria	198
	(c) New South Wales	201
	(4) Nachbeschäftigung in Deutschland	202
	(a) Victoria und New South Wales	202
	(b) Queensland	203
	(5) Leistungshöhe	203
	(a) New South Wales und Victoria	203
	(b) Queensland	206
bb)	Der Arbeitnehmer wurde bereits vor seiner im Inland versicherten Tätigkeit arbeitsbedingt geschädigt	206
	(1) New South Wales	207
	(a) Bedeutung von Vorschäden	207

(b) Anspruchsmindernde Wirkung von Vorschäden	208
(c) Anspruchsbegründende Wirkung von Vorschäden: Lärmschwerhörigkeit	208
(2) Victoria	209
(3) Queensland	210
II. Die Leistungserbringung ins Ausland	211
1. Leistungserbringung bei Auslandsübersiedelung des Arbeitnehmers nach Eintritt des Versicherungsfalls	212
a) Behandlung des Problems nach deutschem Recht	212
aa) Sachleistungen	212
(1) Kostenerstattung, § 97 Nr. 2 SGB VII	213
(2) Umfang der Kostenerstattung und Leistungsinhalte	213
(3) Ergebnis	214
bb) Geldleistungen	215
(1) Leistungsexport, § 97 Nr. 1 SGB VII	215
(2) Leistungshöhe	215
(a) Grundsatz des vollen Leistungsexports	215
(b) Sonderfall „Pflegegeld“	216
(3) Ergebnis	217
b) Behandlung des Problems nach australischem Recht	218
aa) Rentenleistungen	218
(1) Rentenleistungen in den untersuchten Staaten	218
(a) New South Wales	218
(b) Victoria	219
(c) Queensland	220
(2) Export der Leistungen	220
(a) New South Wales	220
(b) Victoria	222
(c) Queensland	223
bb) Medizinische Rehabilitationsleistungen	223
(1) Medizinische Rehabilitationsleistungen in den untersuchten Staaten	223
(a) New South Wales	224
(b) Victoria	225
(c) Queensland	225
(2) Export der Leistungen	227
(a) New South Wales	227
(b) Victoria	228
(c) Queensland	229
cc) Ergebnis	230
2. Leistungserbringung bei Schädigung des entsandten Arbeitnehmers	231
a) Behandlung des Problems nach deutschem Recht	231
aa) Sachleistungen	231
(1) Anwendbarkeit des § 97 Nr. 2 SGB VII bei Entsandten – „Gewöhnlicher“ oder vorübergehender Aufenthalt	232
(2) „Sachleistungsexport“ auch bei vorübergehendem Auslandsaufenthalt?	233
(a) Sachleistung wie im Inland?	233
(b) Ausschluss des Exports aufgrund des Sachleistungsprinzips	234
(c) Sachleistungsexport in der Praxis	236

(3) Ergebnis	236
bb) Geldleistungen	237
b) Behandlung des Problems nach australischem Recht	237
aa) Rentenleistungen	238
bb) Medizinische Leistungen	239
cc) Ergebnis	239
3. Ergebnisse zur Gleichstellung	240
a) Ergeben sich Mängel in der Frage der Gleichstellung von Wanderarbeitnehmern?	240
aa) Entstehung des Leistungsanspruchs und Leistungsumfang	240
(1) Gleichstellungsprobleme bei Eintritt des Versicherungsfalls im Ausland	240
(a) Deutsches Recht	240
(b) Australisches Recht	240
(2) Wechsel der Sozialversicherungszuständigkeit – Relevanz ausländischer Risiken und Versicherungsfälle	241
(a) Deutsches Recht	241
(b) Australisches Recht	241
bb) Leistungserbringung ins Ausland	242
(1) Deutsches Recht	242
(2) Australisches Recht	242
cc) Zusammenfassung	243
b) Lösungswege unter Berücksichtigung der Regelungen der VO (EG) Nr. 883/2004 und typischer bilateraler Regelungen	243
aa) Behandlung der Gleichstellungsprobleme in der VO (EG) Nr. 883/2004	243
(1) Äquivalenzregelungen	243
(2) Leistungserbringung ins Ausland	245
bb) Behandlung der Gleichstellungsprobleme in zwischenstaatlichen Abkommen	246
(1) Äquivalenzregelungen	247
(2) Leistungserbringung ins Ausland	248
cc) Lösungsmöglichkeiten für das deutsch-australische Verhältnis	250
(1) Regelung der Probleme des Leistungsanspruchs und des Leistungsumfangs	250
(a) Exterritoriale Schädigung als Leistungsfall	250
(b) Übernahme auslandsbedingter Mehrkosten	250
(c) Exterritoriale Vorschäden	251
(d) Grenzüberschreitende Berufskrankheitenentschädigung	251
(2) Regelung des Leistungsexports	256
B. Probleme der Gleichbehandlung inländischer und ausländischer Staatsangehöriger	257
I. Deutsches Recht	257
1. Staatsangehörigkeitsspezifische, direkte Diskriminierung	257
2. Probleme faktischer Diskriminierung	257
a) Berücksichtigung ausländischer familienrechtlicher und unterhaltsrechtlicher Gestaltungen	258
aa) Familienrechtliche Bezüge im deutschen Unfallversicherungsrecht	258
bb) Familienrechtliche Gestaltungen im Tatbestand der Anspruchsnorm	258
cc) Unterhaltsberechtigung im Tatbestand der Anspruchsnorm	260
b) Berücksichtigung ausländischer Einkünfte	260
aa) Jahresarbeitsverdienst als Grundlage der Rentenhöhe	260
bb) Kaufkraft und Lohnniveau	261

cc)	Brutto- und Nettoeinkommen	262
II.	Australisches Recht	263
1.	Staatsangehörigkeitsspezifische, direkte Diskriminierung	263
2.	Probleme faktischer Diskriminierung	263
a)	Berücksichtigung ausländischer familienrechtlicher und unterhaltsrechtlicher Gestaltungen	263
aa)	Familienangehörige in der australischen Unfallversicherung	264
bb)	Familienrechtliche Gestaltungen im Tatbestand der Anspruchsnorm	264
(1)	Begriff des „dependants“	264
(2)	Anerkennung ausländischer Eheschließungen	266
(3)	Gleichstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften	266
(4)	Anerkennung von Partnerschaften nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz	267
cc)	Unterhaltsberechtigung im Tatbestand der Anspruchsnorm	267
b)	Berücksichtigung ausländischer Einkünfte	269
aa)	Durchschnittsverdienst als Grundlage der Rentenhöhe	269
bb)	Auslandsverdienst als Parameter für die Teilerwerbsfähigkeit	271
III.	Ergebnisse zur Gleichbehandlung der Staatsangehörigen	272
1.	Ergeben sich Mängel in der Frage der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen?	272
2.	Bestehende zwischenstaatliche Vorgaben zur Gleichbehandlung	273
3.	Lösungswege unter Berücksichtigung der Regelungen der VO (EG) Nr. 883/2004 und typischer bilateraler Regelungen	274
Kapitel 4: Zivilrechtliche Haftung des Arbeitgebers für Schäden des Arbeitnehmers bei deutsch-australischen Arbeitsverhältnissen		277
A.	Probleme der Gleichstellung von Wanderarbeitnehmern	279
I.	Deutsches Recht	279
1.	Deutsches Sozialversicherungsstatut und Tatort in Australien	279
a)	Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	279
b)	Qualifikation und Anknüpfung	281
aa)	Deliktische Qualifikation und Anknüpfung an das Deliktsstatut	281
bb)	Sonderanknüpfung nach Art. 41 EGBGB	281
(1)	Arbeits- oder Sozialversicherungsverhältnis als mögliche Sonderverbindung i.S.d. Art. 41 EGBGB	281
(2)	Vollständige oder nur teilweise Verdrängung des Deliktsstatuts durch die Sonderanknüpfung	282
c)	Anwendung des materiellen Rechts	284
d)	Vollstreckbarkeit	284
2.	Australisches Sozialversicherungsstatut und Tatort in Deutschland	285
a)	Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	285
b)	Qualifikation und Anknüpfung	285
aa)	Deliktsstatut und Statut der Sonderverbindung	285
bb)	Beachtlichkeit eines möglichen Renvois	287
cc)	Mögliche Bevorzugung der lex fori	287
c)	Anwendung des materiellen Rechts	288
aa)	Variante 1: Anwendung australischen Rechts	288
bb)	Variante 2: Anwendung deutschen Rechts	288

(1) Anwendbarkeit der deutschen Haftungsbeschränkung	288
(2) Berücksichtigung der Leistungen der australischen Unfallversicherung	289
d) Vollstreckbarkeit	290
II. Australisches Recht	292
1. Deutsches Sozialversicherungsstatut und Tatort in Australien	292
a) Internationale Zuständigkeit australischer Gerichte	292
aa) Begründung der Zuständigkeit durch Zustellung	292
bb) Einwand des forum non conveniens	293
b) Qualifikation und Anknüpfung	294
aa) Das Deliktsstatut im australischen Kollisionsrecht	294
(1) „Double acionability rule“: Phillips v Eyre	295
(2) Lex loci delicti: “Pfeiffer” und “Renault”	295
(a) John Pfeiffer Pty Ltd. v Rogerson	295
(b) Regie National des Usines Renault v Zhang	296
(3) Bestimmung des locus delicti	297
bb) Sonderanknüpfung an das Sozialversicherungsstatut?	298
c) Anwendung des materiellen Rechts	299
aa) Anerkennung der deutschen Haftungsbeschränkung?	300
bb) Fehlende Aktivlegitimation aufgrund Anspruchsübergangs nach § 116 SGB X?	300
(1) Tatbestandliche Voraussetzung des § 116 SGB X	301
(2) Ausschluss des Forderungsübergangs durch die §§ 104 ff. SGB VII	301
(a) Regelungsinhalt der §§ 104 ff. SGB VII	301
(b) Ausschluss des Forderungsübergangs bei Ansprüchen aus fremdem Recht	302
(c) Wahrung der speziellen Regressregelung des § 110 SGB VII	303
cc) Abweisung der Klage aufgrund ordre public - Einwands?	304
dd) Anrechnung der Leistungen der deutschen gesetzlichen Unfallversicherung?	304
d) Vollstreckbarkeit	306
aa) Voraussetzungen einer Vollstreckung in Deutschland	306
bb) Ablehnung der Urteilsanerkennung wegen ordre public Verstoßes	306
cc) Ergebnis zur Vollstreckbarkeit	308
2. Australisches Sozialversicherungsstatut und Tatort in Deutschland	309
a) Internationale Zuständigkeit australischer Gerichte	309
b) Qualifikation und Anknüpfung	310
aa) Deliktsstatut	310
bb) Sozialversicherungsstatut in intranationalen Konfliktsfällen	310
cc) Einseitige Anknüpfung an das Sozialversicherungsverhältnis in internationalen Fällen	310
(1) Wortlautinterpretation	310
(2) Gesetzssystematik	311
(3) Intention des Gesetzgebers	311
(4) Regelungsbedarf und Anwendungswille auch im internationalen Fall	312
(5) Ergebnis	313
dd) Deliktsstatut, soweit eine besondere Anknüpfung nicht in Betracht kommt	313
ee) Beachtlichkeit eines Renvois durch das deutsche Recht	313
c) Anwendung des materiellen Rechts	313
aa) Variante 1: Australisches Recht	314
bb) Variante 2: Deutsches Recht	314
(1) Anwendung der australischen Haftungsbeschränkungen?	314

(a) Anwendung der Haftungsbeschränkungen als Qualifikationsproblem	314
(b) Qualifikation der Haftungsbeschränkungen der Workers Compensation Schemes	315
(2) Anrechnung der Workers Compensation-Leistungen	316
d) Vollstreckbarkeit	317
III. Ergebnis: Probleme der Gleichstellung von Wanderarbeitnehmern	317
1. Deutsches Recht	317
2. Australisches Recht	317
3. Zusammenfassung	318
B. Probleme der Gleichbehandlung von in- und ausländischen Arbeitnehmern	319
I. Deutsches Recht	319
1. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte	319
2. Besondere Anknüpfungspunkte aufgrund der Staatsangehörigkeit	321
II. Australisches Recht	321
1. Internationale Zuständigkeit australischer Gerichte	321
2. Besondere Anknüpfungspunkte aufgrund der Staatsangehörigkeit	322
III. Ergebnis: Probleme der Gleichbehandlung von in- und ausländischen Arbeitnehmern	323
C. Lösungswege unter Berücksichtigung der Regelungen der VO (EG) Nr. 883/2004 und typischer zwischenstaatlicher Abkommen	324
I. Behandlung der zivilrechtlichen Arbeitgeberhaftung in der VO (EG) Nr. 883/2004	324
II. Behandlung der zivilrechtlichen Arbeitgeberhaftung in zwischenstaatlichen Abkommen	325
1. Bilaterale Abkommen der Bundesrepublik Deutschland	325
2. Intranationales australisches Abkommen	325
III. Lösungsmöglichkeiten für das deutsch-australische Verhältnis	326
1. Anknüpfung an das Sozialversicherungsstatut	326
2. Anerkennung von Haftungsbeschränkungen	327
3. Anerkennung der nationalen Ausgleichsmechanismen; Anerkennung von Forderungsübergängen	328
4. Exkurs: Freiwillige Auslandsunfallversicherung als Alternative zur zwischenstaatlichen Abkommensregelung?	328
IV. Ergebnis	329
Schluss	331
A. Zusammenfassung der Ergebnisse	331
I. Internationalsozialrechtliche Ausrichtung der untersuchten Absicherungssysteme gegen berufsbedingte Risiken	331
II. Koordinierungsbedarf im deutsch-australischen Verhältnis	331
III. Koordinierungsmöglichkeiten durch zwischenstaatliche Abkommensregelungen	333
B. Ausblick	334
Literaturverzeichnis	337

